connosco
lateinamerika mit uns

Newsletter
Juni 2018

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de

connosco
lateinamerika mit uns

Newsletter
Juni 2018

Inhalt

Editorial & Grußwort 3

Kurznachrichten 4
Von Thilo Vogt

Spannung bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Kolumbien 6
Von Lena Greiner

Maduro gewinnt Präsidentschaftswahlen in Venezuela 9
Von Abeer Elyassir

Neuer Streik von Fernfahrenden stürzt Brasilien zeitweise ins Chaos 11
Von Robin Werbeck

Editorial & Grußwort

Liebe Lateinamerika-Freunde,

Aktuelle Informationen zum ersten Wahlgang der kolumbianischen Präsidentschaftswahlen finden Sie auf Seite 6. Einen tieferen Einblick in die Ergebnisse und möglichen Konsequenzen der Präsidentschaftswahlen in Venezuela erfahren Sie ab Seite 9. Zum Streik der Fernfahrenden und dem zeitweise daraus resultierendem Chaos finden Sie ab Seite 11.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

Herzlichst,
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.

Kurznachrichten

Von Thilo Vogt

Kolumbien tritt NATO und OECD bei
Bogotá/Brüssel. Vor rund zwei Wochen verlautbarte Kolumbiens scheidender Präsident Juan Manuel Santos, dass sein Land Mitglied der NATO werden wird. Bereits seit einem Jahr kooperiert die Andenrepublik mit der NATO in den Bereichen der Cyber-Sicherheit, Terrorismusbekämpfung und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Am 30. Mai unterzeichnete Santos bereits die Beitrittsvereinbarung der OECD, um am Folgetag in Brüssel den NATO-Beitritt zu formalisieren. Indes stößt diese Entscheidung insbesondere in Venezuela auf scharfe Kritik, da man fürchte, dass Kernwaffen in Lateinamerika stationiert werden könnten.

Ecuador kündigt wirtschaftliche Öffnung im Rahmen der Pazifikallianz an
Quito. Nach dem Regierungswechsel in Ecuador wird die weitere wirtschaftliche Öffnung des Landes fortgeführt, nachdem Außenhandelsminister Pablo Campana Sáenz im Rahmen einer Veranstaltung mit nationalen und internationalen Investoren ankündigte, dass die Andenrepublik der Pazifikallianz beitreten möchte. Die Absicht, Teil dieses Freihandelsabkommens zu werden, begründe sich zudem aus der Beabsichtigung einer intensiveren Handelspartnerschaft mit Mexiko, was laut Campana einen Beitritt in die Pazifikallianz beinhalte. Unter der Präsidentschaft Rafael Correas wurde der Eintritt in jegliche Freihandelsabkommen kategorisch verneint, da diese Handelsform eine nachhaltige Wirtschaftspolitik negiere und soziale Ungleichheit begünstige. Derzeit sind Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko Vollmitglieder dieser Allianz.

Nicaragua: Trotz Vermittlungsversuchen flammt Gewalt erneut auf
Managua. Die seit mehreren Wochen anhaltenden Proteste in weiten Teilen Nicaraguas halten weiter an. Amnesty International gehe bereist von über 80 Todesopfern aus, die im Zuge der Proteste umkamen. Für die erneute Eskalation seien laut Aussage der Sicherheitsbehörden gewalttätige Banden verantwortlich, die sich den bisherigen Beschwichtigungsversuchen verwei-

gern. Doch auch den Sicherheitsbehörden wird von den Protestierenden und Amnesty International vorgeworfen, mit äußerster Brutalität und gar scharfer Munition gegen die Protestierenden vorzugehen. Auslöser der Proteste waren die bereits zurückgenommen Pläne der Regierung, eine Sozialreform zu initiieren, die eine Rentenkürzung und die Anhebung von Sozialversicherungsbeiträgen vorsahen. Die „Gemischten Kommission für den Dialog“, die sich aus Regierungsvertretern, der katholischen Kirche, Unternehmensvertretern und oppositionellen Gruppen konstituiert, ist darin bestrebt, eine Verhandlungslösung angesichts der gewalttätigen Proteste zu erreichen. Doch diese Gespräche sind einer stetigen Fragilität durch die jeweiligen Entwicklungen im Zuge der Proteste ausgesetzt, sodass es bereits zu einer einwöchigen Unterbrechung des Dialogs kam. Konkret fordern die Protestierenden den Rücktritt von Präsident Daniel Ortega, ein Rahmengesetzt, das vorgezogenen Neuwahlen ermöglicht, sowie die Neubesetzung der Wahlbehörde, die es nicht mehr ermöglichen solle, dass sich folgende Präsidenten wiederwählen lassen können.

Spannung bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen in Kolumbien

Von Lena Greiner

Am Sonntag, den 27. Mai 2018 fand die erste Runde der Präsidentschaftswahl in Kolumbien statt. Der Kandidat, der die meisten Stimmen erlangt, wird das Land für maximal vier Jahre regieren. Die Möglichkeit der Wiederwahl besteht seit 2015 nicht mehr, seitdem das Verfassungsgericht Kolumbiens diese aufgehoben hat. Juan Manuel Santos, welcher bereits zwei aufeinanderfolgende Amtsperioden absolviert hat, durfte nicht noch einmal kandidieren. Keiner der Kandidaten konnte innerhalb des ersten Wahlganges über 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, somit werden die Kolumbianer ein zweites Mal am 17. Juni 2018 wählen gehen.

Als fünf aussichtsreichste Kandidaten auf das Präsidentenamt hatten sich Sergio Fajardo, Germán Vargas Lleras, Humberto de la Calle, Gustavo Petro und Iván Duque zur Wahl aufstellen lassen.

Sergio Fajardo, ein promovierter Mathematiker, der für die Coalición Colombia antrat, bekleidete zwischen 2004 und 2007 das Amt des Oberbürgermeisters von Medellín und war zwischen 2012 und 2016 Gouverneur von Antioquia.

Germán Vargas Lleras, Rechtsanwalt sowie ehemaliger Innen-, Justiz- und Wohnungsbauminister, der von 2014 bis 2017 Vizepräsident Kolumbiens war, engagierte sich schon früh für die Politik. Im Alter von 30 Jahren war er bereits Stadtrat von Bojacá, einer kleinen Ortschaft westlich von Bogotá. Zwischen 1988 und 1998 war er während drei Legislaturperioden Abgeordneter im kolumbianischen Kongress und stand Álvaro Uribe sowie Juan Manuel Santos nahe.

Humberto de la Calle, kolumbianischer Rechtsanwalt und ehemaliger Diplomat, trat für die Partido Liberal Colombiano an. De la Calle hatte bereits in den 1990er Jahren das Amt des Vizepräsidenten inne, trat aber nach zwei Jahren davon zurück. 1996 war er Botschafter in Spanien, danach im Vereinigten Königreich und zwischen 2001 und 2002 bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

Die zwei stärksten Kandidaten nach dem ersten Wahlgang vor Sergio Fajardo mit 23,7 Prozent der Stimmen sind der rechtskonservative Iván Duque, der für das Centro Democrático antritt, sowie Gustavo Petro für die Movimiento Progresista.

Duque ist studierter Rechtswissenschaftler mit Master-Abschlüssen in Finanzen und öffentlicher Verwaltung. Er ist der Wunschkandidat des Ex-Präsidenten Álvaro Uribe und steht für die klassische Law-and-Order-Politik, ein hartes Durchgreifen gegen Straftäter. Im ersten Wahlgang erlangte er 39,1 Prozent der Stimmen.

Sein Gegenkandidat Gustavo Petro erzielte 25,8 Prozent der Stimmen. Er ist ein Ökonom, der 1991 und 1995 als Abgeordneter ins Unterhaus des Kongresses gewählt wurde. 2006 kam er in den Senat. Am 30. September 2011 wurde er schließlich zum Oberbürgermeister von Bogotá gewählt. Vom 1. Januar 2012 bis zum 6. Juni 2015 bekleidete er dieses Amt. Nun fordert er unter anderem kostenlose und gute Hochschulen für alle.

Sicherlich geht es bei der Wahl auch um klassische linke und rechte Themen, mehr Investitionen in die Bildungspolitik vs. ein härteres Durchgreifen gegen Straftäter. Dennoch entscheidet die Präsidentschaftswahl in Kolumbien vor allem auch über die Zukunft des Friedensprozesses hinsichtlich des Abkommens mit der FARC. Der kolumbianische Staat hat es nicht geschafft, das Machtvakuum, das die FARC in ihren früheren Einflussgebieten hinterlassen hat, auszufüllen. Zwar haben die meisten FARC-Kämpfer sich an den Friedensvertrag gehalten und haben den Untergrund verlassen sowie ihre Waffen abgegeben. Jedoch befindet sich ein Teil, der als Dissidenten bezeichnet wird, der ehemaligen Guerilleros nach wie vor im Untergrund. Andere gingen wieder zurück, um mit dem Coca-Anbau oder Drogenschmuggel Geld zu verdienen. Schätzungen der kolumbianischen Regierung gehen von circa 700 FARC-Dissidenten von zuletzt etwa 7.000 Kämpfern aus. Nichtregierungs-Organisationen schätzen die Zahl jedoch auf 1.400 Dissidenten. Andere Beobachter sprechen von einer noch höheren Zahl.

Iván Duque möchte den Friedensvertrag verändern. Genauer gesagt geht es um die Amnestie-Regeln, die den FARC-Kämpfern Straffreiheit zusichern. Diese Straffreiheit soll laut Duque ein Ende haben. In seinem Wahlkampf-Song präsentiert das Centro Democrático ihn als geradlinigen, ehrlichen Hoffnungsträger für die Zukunft Kolumbiens.

Gegenkandidat Gustavo Petro war selbst einst linker Guerillakämpfer. Er gehörte der M-19 Bewegung an, welche 1985 den Justizpalast in Bogotá stürmte. Fünf Jahre später legte die Bewegung schließlich ihre Waffen nieder. Petro wird heute jedoch vor allem mit dem Amt des Bürgermeisters von Bogotá verbunden und fordert, die Milliarden, die der Konflikt bisher verschlungen hat, besser in das Bildungs- und Gesundheitswesen zu investieren. Sein Wahlbündnis „Menschliches Kolumbien“ möchte härter gegen die Korruption vorgehen und für ein besseres Land sorgen.

Nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl wurden Vorwürfe der linken Parteien und der nationalen Wahlaufsicht gegen die Kandidaten Iván Duque und Germán Vargas Lleras laut. Das Statistikamt (Dane) sowie die kolumbianische Wahlaufsicht (MOE) veröffentlichten, dass in 82 Gemeinden des Landes mehr Wahlberechtigte als Einwohner registriert worden seien. Gemeint sind unter anderem die Regionen Antioquia und Boyacá, welche als Stammgebiete der Rechten bekannt sind. Auch Santander und Cundinamarca gehörten dazu. In diesen Regionen, in denen es mehr Wähler als registrierte Einwohner gab, gewann Duque.

Ferner wurde festgestellt, dass hinter den jeweiligen Kandidaten die bereits eingetragenen Ergebnisse nachträglich abgeändert wurden. Dies beschäftigt zur Zeit vor allem die sozialen Netzwerke, wo zahlreiche derartiger Belege im Umlauf sind. Gustavo Petro und andere linke Politiker sprechen von Wahlbetrug, während kolumbianische Medien diese nachträglichen Veränderungen als normale Korrekturen deuten. Die kolumbianische Staatsanwaltschaft wird von allen Parteien dazu aufgefordert, diesen Vorwürfen noch vor der Stichwahl am 17. Juni nachzugehen.

Nun gilt es, die zweite Runde der Präsidentschaftswahl abzuwarten. Was sich jetzt bereits sagen lässt ist, dass Kolumbien extrem polarisiert in diese Wahl ging.

Maduro gewinnt Präsidentschaftswahlen in Venezuela

Von Abeer Elyassir

Der amtierende Regierungschef Nicolás Maduro gewann am Sonntag, den 20.05. die Präsidentschaftswahlen in Venezuela erneut für sich. Bei einer Wahlbeteiligung von 46,02 Prozent ging er mit 67,76 Prozent der Stimmen als klarer Sieger der Wahlen hervor. Sein wichtigster Gegenkandidat Henri Falcón konnte 21.02 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, während der evangelikale Oppositionskandidat Javier Bertucci auf 10,82 Prozent kam. Unmittelbar nach den Wahlen hatten die beiden Oppositionskandidaten Falcón und Bertucci dann ihre Nicht-Anerkennung des Wahlergebnisses erklärt. Dies hatte sich auch nach den Wahlen der letzten zwei Jahrzehnte gleichermaßen ereignet. Der Opposition nach habe es starke Unregelmäßigkeiten bei der Wahl gegeben. Man spricht unter anderem von einer Wahlbeteiligung von 30 Prozent - dem wohl niedrigsten Wert seit Beginn der linken Revolution vor zwei Jahrzehnten. Laut Kommission lag die Wahlbeteiligung jedoch bei 46,1 Prozent. Falcón bezog sich auch auf die errichteten *Roten Zelte*, welche rechtmäßig jeweils 200 Meter von den Wahllokalen entfernt von den regierenden Sozialisten aufgestellt wurden, um Wähler beim Urnengang für sich zu gewinnen. Er kritisierte unter anderem, dass es solche *Rotpunkte* vor etwa 86 Prozent der Urnen gegeben habe und dass Wähler auf diese Weise unter Druck gesetzt worden seien – gar sprach er hier von einer „sozialen Erpressung“ der Wähler, die durch die Regierung stattgefunden habe. Er forderte bereits vor der Verkündung der Wahlergebnisse Neuwahlen. Der Wahl fehle es an Legitimität, da viele Wähler zu Hause geblieben seien, erklärte dieser. Maduro hingegen verkündete, dass die Wahlprozesse nun fürs Erste beendet seien und dass es keine Neuwahlen geben werde. Er kritisierte ebenfalls, dass Falcón die Wahlergebnisse angefochten habe, noch ehe sie bekanntgegeben wurden. Er stehe jedoch für Gespräche mit der Opposition bereit.

Internationale Kritik – Angezweifelte Legitimität der Wahlen?

Trotz der Tatsache, dass Venezuelas Wahlsystem mit der Methode der elektronischen Stimmabgabe als sehr sicher und zuverlässig gilt, stieß die Wiederwahl Maduros auf starke Kritik auch von Seiten der USA und der EU. Obwohl sich Opposition und Regierung einige Monate vor den Wahlen bereits geeinigt hatten, unter welchen Voraussetzungen die Wahlen abgehal-

ten werden sollten, weigerte sich die Opposition bereits am Tag der Unterzeichnung, das ausgehandelte Abkommen zu unterzeichnen. Grund hierfür sei Medienangaben zufolge der ausgeübte Druck von Seiten der USA auf die Opposition gewesen. Auch als Venezuela die Vereinten Nationen und die Europäische Union dazu aufgefordert hatte, internationale Beobachter zu den Wahlen nach Venezuela zu entsenden, lehnten beide Seiten dies ab. Von Seiten der UNO habe es keinen Bedarf hierzu gegeben, die EU hingegen lehnte die vorgezogenen Wahlen als solche seit ihrer Bekanntmachung im Februar ab. Trotzdem waren mehrere hundert internationale Beobachter zum Zeitpunkt der Wahlen erschienen, darunter auch der ehemalige spanische Ministerpräsident José Rodriguez Zapatero, welcher der Regierung und den Wahlen gegenüber erst recht kritisch eingestellt gilt.

Wirtschaftliche Konsequenzen der Wiederwahl – Mögliche Rückkehr zum Sozialismus?

Von Seiten der USA und der EU ist nun mit einer Verstärkung der Sanktionen zu rechnen. Durch den Sieg Maduros bleibt man somit womöglich noch weit von einer Lösung der wirtschaftlichen Krise in Venezuela entfernt. Diese hatte sich in den letzten Jahren weiter zugespitzt. Aufgrund des Ausmaßes der Inflation, herrscht mittlerweile ein Notstand an notwendigen Medikamenten und Lebensmitteln vor. Viele Einwohner verlassen das Land aufgrund der schlechten Lebensbedingungen. Die wirtschaftliche Krise wurde durch die Regierung Maduros zweifellos vorangetrieben. Man habe sich noch weiter vom Sozialismus entfernt. Die Rolle des Erdöls scheint hierbei zentral zu sein, da sie mitverantwortlich für die Wiederkehr zu den klientilistischen und korrupten Strukturen der Vergangenheit geführt habe.

Es sei der Regierung zudem, im Gegensatz zum Vorgänger Hugo Chávez, nicht gelungen, Klarheit über die Maßnahmen der Regierung gegenüber dem Volk zu schaffen. Daher herrscht nun allgemeines Misstrauen in Bezug auf die Frage, ob die Regierung die Krise zu lösen weiß. Durch die Regierung hat Venezuela sich dem internationalen Kapitalismus weiter aufgeschlossen und die Korruption und damit die Ungleichheit im Land vorangetrieben. Dennoch zeigte sich Maduro in der jüngsten Vergangenheit sehr darum bemüht, die bestehende Krise im Land zu lösen. Im Jahr 2017 ging er auf die Forderung von Bauernbewegungen ein - ein wichtiger Schritt im Hinblick auf den Aufbau des sozialistischen Projektes. Er verbot zudem die Zwangsräumung von durch Bauernbewegungen besetzten Ländereien und übergab 44.000 Hektar Land an organisierte Kleinbauern.

Sowohl Maduro als auch Falcón waren Anhänger des 2013 verstorbenen sozialistischen Staatschefs Hugo Chavéz, wobei Henri Falcón sich bereits 2010 von der Partei Chavéz' löste, um die regierungskritische Partei der Avanzada Progresista mitzubegründen.

Erneuter Streik von Fernfahrenden stürzt Brasilien zeitweise ins Chaos

Von Robin Werbeck

Fast zwei Wochen wurde das wirtschaftliche und öffentliche Leben Brasiliens durch den Streik von hunderttausenden LKW-FahrerInnen signifikant beeinträchtigt. Am 21. Mai 2018 begannen die Proteste der FernfahrerInnen, in dem diese mit ihren Fahrzeugen Barrikaden auf den wichtigsten Fernverkehrsstraßen Brasiliens aufbauten und somit einen Großteil der nationalen Transportinfrastruktur zum Erliegen brachten. An mehr als 600 Demonstrationspunkten in nicht weniger als 17 der 26 Bundesstaaten versammelten sich die FahrerInnen, um gegen die hohen Dieselpreise im Land zu protestieren, die laut diesen das Frachtgeschäft über Land unmöglich machen würden.

Protest gegen hohen Dieselpreis

Seit Jahren erlebt Brasilien einen permanenten Anstieg der Kraftstoffpreise. Betrugen die Kosten für einen Liter Diesel 2016 noch unter drei Reais, mussten im Mai dieses Jahres schon 4 und mehr Reais ausgegeben werden. Als Grund dafür wird insbesondere die liberalere Preispolitik der aktuellen Regierung unter Präsident Temer angesehen. Während bis 2014 die nationalen Preise stark durch die damalige Regierung reguliert (und unter internationalem Marktpreis gehalten) wurden, vollzog sich mit dem Regierungs- auch ein Paradigmenwechsel in der Preispolitik. Kraftstoffpreise werden seitdem stärker den Schwankungen auf den internationalen Märkten (sowohl Energie- als auch Devisenmarkt) angepasst und befanden sich seit etwa Juni 2017 auf internationalem Niveau.

Politik steht unter hohem Druck

Die Proteste der 500.000 LKW-FahrerInnen hatten schon nach wenigen Tagen die politisch Handelnden zu Reaktionen gezwungen. Nach einer siebenstündigen Verhandlungsrunde von VerhandlungsführerInnen beider Seiten kam es am 24.05. zu einer temporären Einigung: Der Streik würde für 15 Tage ausgesetzt, dafür sollte der Verkaufspreis in den Raffinerien für 30 Tage um 10% gesenkt werden. Trotz des Verhandlungsergebnisses kamen die Streiks nicht zu einem definitiven Ende. So kündigte Michael Temer am 27.05. an, den Dieselpreis um weitere 46 Cents pro Liter bis zum Ende dieses Jahres zu senken. Ein Teil der sich aus dieser Senkung ergebenen Einnahmeausfälle für den Staatshaushalt soll über Kürzungen von Sozialprogrammen kompensiert werden. Insgesamt 13,5 Milliarden Reis (mehr als drei Milliarden Euro) sollen von Bildungs-, Gesundheits- und Sozialprogrammen abgezogen werden, um die Kosten für die Subvention der FernfahrerInnen zu finanzieren.

Wirtschaft und Bevölkerung stark beeinträchtigt

Da der Gütertransport auf der Straße fast vollkommen lahmgelegt wurde, kam es zu massiven Einschränkungen für den Unternehmenssektor und die Bevölkerung. Der fast zweiwöchige Streik kostete die brasilianische Wirtschaft nach Meinung von ÖkonomInnen bis zu 0,3 Prozentpunkte Wachstum des BIP im Jahr 2018 (die Prognose wurde von 2,5% auf 2,2% gesenkt). Die Versorgungsengpässe mit Kraftstoffen führten zu Flugausfällen, langen Schlangen an Tankstellen und zu einer substanziellen Reduzierung des Angebotes an öffentlichen Transportmitteln in den urbanen Zentren des Landes. In São Paulo beispielsweise fuhren am 24.05. zur Mittagszeit nur 46% der Nahverkehrsbusse im Vergleich zur erwarteten Anzahl für einen gewöhnlichen Donnerstag. Konsequenzen gab es außerdem für den Lebensmittelbereich. Die ansonsten stark frequentierten und gut gefüllten Zentren für den Lebensmittelhandel („Central de abastecimento“) waren in einigen Regionen zum Teil wie leergefegt. Die Schnellrestaurantkette McDonald’s beispielsweise meldete einen Engpass für Burgerbrot, die Preise für einen Sack Kartoffeln stiegen zeitweise um 150% in der Region São Paulo.